

# Verfassungsschutz stuft AfD-Jugend als „rechtsextrem“ ein

Die „Junge Alternative“ vertrete eine völkische Ideologie, so der Dienst. Weitere neurechte Organisationen sind im Visier der Behörde

**Christian Unger**

**Berlin.** Vor einigen Tagen sprach ein Oberfeldwebel und extremer Rechter im Bundestag. Es ging um die Zukunft der Bundeswehr, und Hannes Gnauck entwarf ein krudes Bild. Die Bundesregierung wolle nur „die eigene Parteiklientel“ in die Truppe bringen, wolle den „politisch korrekten, queer-feministischen Aktivisten in Uniform“ mit „Gendersternchen“ und „Regenbogenfähnchen“ – und ein „bisschen Flecktarn“. Das, sagte Gnauck, sei „keine echte Armee“. Applaus kam aus den Reihen der AfD. Der Brandenburger Politiker Gnauck ist Abgeordneter der rechten Partei – und

Chef der AfD-Jugendorganisation „Junge Alternative“, JA. Der Militärische Abschirmdienst (MAD), der Geheimdienst der Bundeswehr, stuft ihn als Extremisten ein. Gnaucks Dienst in der Truppe ruht.

Als Gnauck im Herbst an die Spitze der JA gewählt wurde, sahen Fachleute darin einen weiteren Schritt in der Radikalisierung der Parteijugend. Und auch die Sicherheitsbehörden sind alarmiert. Nun ziehen sie Konsequenzen. Das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) stuft die „Junge Alternative“ als „gesichert rechtsextreme Bestrebung“ ein. Seit 2019 war die JA ein „Verdachtsfall“. Das ist bisher auch die Bundespartei der AfD.

Die Beobachtung der JA habe ergeben, dass sich „die Anhaltspunkte für Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung inzwischen zur Gewissheit verdichtet haben“, heißt es aus dem Verfassungsschutz. Die Positionen seien „nicht mit dem Grundgesetz“ vereinbar, stattdessen fuße die Ideologie der Jugendorganisation auf einem „völkischen Gesellschaftskonzept“, das geeignet sei, „Angehörige vermeintlich anderer Ethnien auszugrenzen und deutsche Staatsangehörige mit Migrationshintergrund als Deutsche zweiter Klasse abzuwerten“. Zugleich tauscht sich die JA europaweit mit anderen extrem rechten Gruppie-

rungen aus.

BfV-Präsident Thomas Haldenwang erklärt, dass die Inhalte der JA „auf die Ausgrenzung vermeintlich ‚Fremder‘“ abzielen würden. „Das gezielte Propagieren von Feindbildern und das Schüren von Ressentiments in der Bevölkerung sind zudem generell geeignet, den Boden für unfriedliche Verhaltensweisen gegenüber den Betroffenen zu bereiten.“ Auf Telegram bewarb die „Junge Alternative“ im Januar eine „Winterakademie“ des „Instituts für Staatspolitik“ in Schnellroda, Sachsen-Anhalt – ein Event für „junge Patrioten“. Hinter dem „Institut“ steckt der neurechte Ideologe Götz Kubitschek. In der Szene gilt die Or-

ganisation als „Denkfabrik“, produziert Artikel für die Zeitschrift „Sessession“, vernetzt sich heimlich und offen mit den Spitzen der rechtsextremen „Identitären Bewegung“ und den Radikalen in der AfD.

Nun ist auch das „Institut für Staatspolitik“ im Visier des Verfassungsschutzes. Es gilt nun wie die JA als „gesichert rechtsextrem“. Die „propagierte Vorstellung, dass es ein deutsches Volk jenseits des im Grundgesetz als der Gesamtheit der deutschen Staatsangehörigen definierten Staatsvolkes gebe, impliziert eine Herabsetzung von eingebürgerten Staatsangehörigen zu Deutschen zweiter Klasse“, heißt es beim Nachrichtendienst.